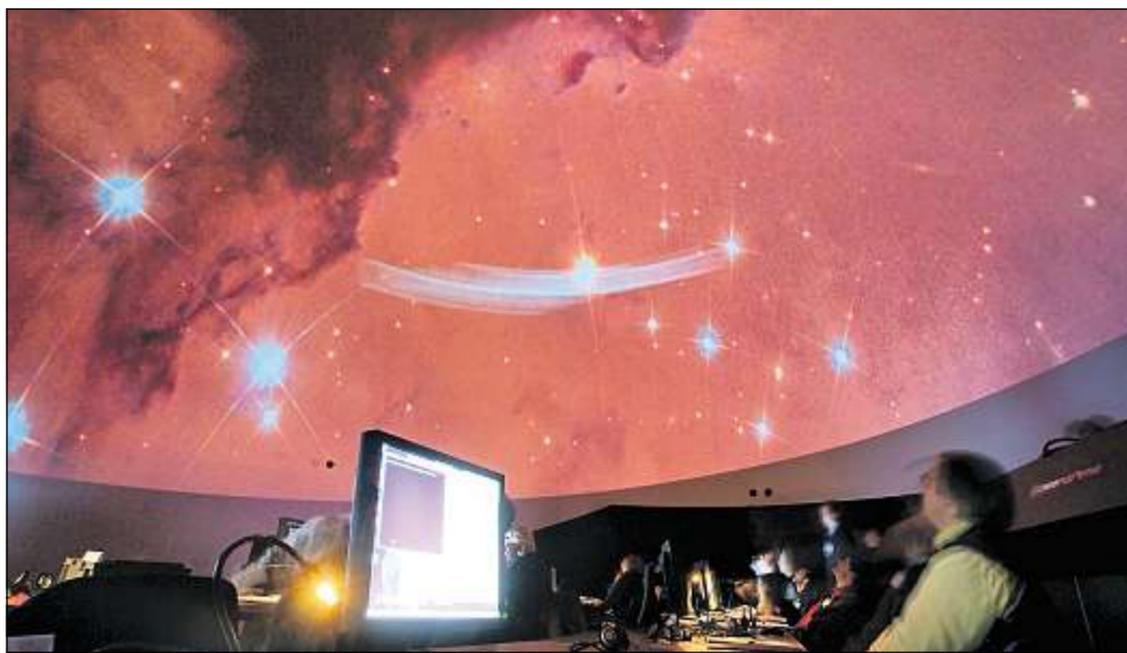


## Pflegebedarf in Thüringen steigt stetig

**Erfurt.** (dpa/tlz) Die Zahl der Pflegebedürftigen in Thüringen ist seit 1999 kontinuierlich gestiegen. Ende 2007 benötigten 72 213 Menschen Pflege, fast 8 Prozent mehr als Ende 2005, wie das Statistische Landesamt mitteilte. Während Ende 1999 nur rund jeder 40. Thüringer betroffen war, war es nach den Angaben Ende 2003 bereits jeder 37., Ende 2005 mehr als jeder 35. und Ende 2007 schon mehr als jeder 32. Thüringer. Der Frauenanteil habe 67,6 Prozent Drittel betragen. Gut die Hälfte der Pflegebedürftigen seien Ende 2007 der niedrigsten Pflegestufe I zugeordnet gewesen, knapp die Hälfte wurden durch Familienangehörige oder Bekannte betreut. Die häusliche Form der Pflege sei damit rückläufig. 1999 habe der Anteil noch 56,1 Prozent betragen. 23,2 Prozent der Pflegebedürftigen wurden von ambulanten Pflegediensten und 27,8 Prozent in Pflegeheimen betreut.



**Eine farbenreiche Universum-Darstellung als virtuelles Modell:** Derzeit sind in der Saalestadt zwölf Planetariumsbetreiber aus ganz Europa zu Gast, um moderne Projektionssysteme und Software von Carl Zeiss kennenzulernen und zu testen. Der hier gezeigte „Powerdom“ ist ein Bildgenerator für die Kombination digitaler und analoger Kuppelprojektionen für Planetarien. Foto: dpa

## Mehr Geld für Frauenhäuser

Linke fordern besseren Schutz

■ Von Gerlinde Sommer und den Agenturen

**Erfurt.** (tlz) Die Linksfraktion im Thüringer Landtag fordert einen besseren Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt. Beratungsstellen und Frauenhäuser seien weder finanziell noch personell ausreichend ausgestattet, um die Opfer adäquat betreuen zu können, sagte die frauenpolitische Sprecherin Katja Wolf. Jährlich registrierte die Polizei 2000 Fälle häuslicher Gewalt. Das Ziel müsse sein, in allen Landkreisen und kreisfreien Städten ein Frauenhaus zur Verfügung zu stellen. Derzeit sei mit 16 solcher Einrichtungen kein „flächendeckendes Netz“ gewährleistet. Ein Grund, diesen Dauerbrenner gerade jetzt zu thematisieren, ist der heutige Internationale Tag der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Gewalt gegen Frauen.

Wolf kündigte an, dass ihre Fraktion eine Novellierung des Thüringer Gleichstellungsgesetzes für den öffentlichen Dienst erarbeiten wolle. Das Gesetz soll künftig die Position der Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen stärken, indem ihnen weniger zusätzliche Verwaltungsarbeit aufgebürdet werden soll. Sanktionen wie Geldstrafen sollen künftig möglich sein, wenn Regelungen des Gesetzes gebrochen werden. Bisher sei die Gleichstellungspolitik der Landesregierung „komplett gescheitert“, sagte Wolf.

Der Landesfrauenrat „fordert die Landesregierung auf,

gemeinsam mit den Landkreisen und kreisfreien Städten ein Konzept zu erarbeiten, das den tatsächlichen Bedarf an Plätzen in Frauenhäusern und Frauenschutzwohnungen in Thüringen flächendeckend sicherstellt“, so Silke Bemann als Vorsitzende. Sie betont auch, dass „das größte Gesundheitsrisiko für Frauen leider immer noch die Gewalt im häuslichen Bereich“ sei. Dieser Tatbestand dürfe „nicht einfach so hingenommen werden. Da muss endlich wirksam gesellschaftspolitisch gegengesteuert werden“, hob Bemann hervor. Sie wies darauf hin, dass je nach Wohnort Frauen mehr oder weniger Hilfe erhalten. So gebe es „weiße Flecken beispielsweise im Saale-Orla-Kreis oder im Landkreis Sömmerda, da in diesen Kreisen viel zu wenig Plätze in Schutzeinrichtungen für Frauen vorgehalten werden. Hier sehen wir dringenden Handlungsbedarf“, so Silke Bemann.

Die Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung, Johanna Ahrenhövel (CDU), wies die Kritik zurück. Thüringen stattete jedes Frauenhaus mit jährlich bis zu 44 000 Euro für Personal- und Sachkosten aus. „Für eine Einrichtung sind mindestens zwei Beschäftigte eingeplant“, sagte sie. Das Land zahle eine Personalstelle davon komplett und stelle zusätzlich unter anderem „die Rufbereitschaft sowie die Netzwerkarbeit“ der Einrichtungen sicher. Unterkunft und Beratung seien Pflichtaufgaben der Kommunen.

## Nachwendehelden im Ruhestand

Thüringen steht vor einem enormen Fachkräftebedarf

■ Von Elmar Otto

**Erfurt.** (tlz) Wenn Michael Behr einen Blick auf den Thüringer Fachkräftebedarf der kommenden zehn Jahre wirft, steht für ihn fest: „Wir dürfen keinen mehr ziehen lassen.“ Bereits jetzt sei jeder achte Erwerbstätige 55 Jahre und älter. Deshalb, so der Professor vom Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Universität Jena, drohe eine dramatische „Verknappung an Humanressourcen“ oder anders ausgedrückt: „Die Helden der Nachwendezeit gehen in den Ruhestand.“

Um diese Lücke, die auf etwa 120 000 Fachkräfte bis 2015 beziffert wird, schließen zu können, bedarf es vielfältiger Anstrengungen. „Auch die Unternehmen müssen verstärkt weiterbilden“, sagt Behr. Ebenso müssten sich Mitarbeiter eingestehen, Schulungen auch nötig zu haben. Zurzeit gebe es in den Betrieben oftmals noch eine Art „Angstkultur“. Beschäftigte zögerten seltener Seminare in Anspruch nehmen, um nicht einen vermeintlichen Makel zu offenbaren. Doch das werde sich mit dem einsetzenden Generationswechsel ändern, ist der Jenaer Wissenschaftler überzeugt. „Die Jungen werden selbstbewusster auftreten – und auf das Lohnniveau drücken“, ist er sicher.

Behr war gestern einer der etwa 180 Teilnehmer – darunter mehr als 40 Vertreter von Unternehmen – einer von



**Millionen für Aus- und Weiterbildung bewilligt:** GfAW-Chef Thomas Kretschmer.

der Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung (GfAW) veranstalteten Tagung, die sich mit der Fachkräfteentwicklung und lebenslangem Lernen beschäftigte.

■ Richter: „Gute Leute müssen auch gut bezahlt werden“

„Weiterbildung ist wichtig“, betonte auch Günther Richter, Landesgeschäftsführer des Verbandes mittelständischer Wirtschaft. „Aber“, fügte er hinzu, „gute Leute müssen auch gut bezahlt werden, sonst werden sie von Mitbewerbern abgeworben.“ Das es mit den Gehältern im Freistaat noch nicht zum Besten steht, liegt für Richter auf der Hand. „Wir haben es nach wie vor mit Abwanderung zu

tun, vor allem nach Bayern, Baden-Württemberg und in die Rhein-Main-Region.“

Trotz Finanzkrise und Rezessionsängsten ist der Thüringer Verbandschef vorsichtig zuversichtlich, wenn es um künftige Einstellungen geht. Zwar werde es, wie bereits jetzt in der Automobilindustrie zu erkennen, erhebliche Auftragsrückgänge geben. Aber nach dem die Talsohle durchschritten sei, werde es eben wieder aufwärts gehen. Aus diesem Grund sollte in Zeiten der Stagnation nicht an Weiterbildungen gespart werden, so Richter.

Die GfAW-Förderbilanz 2008 für Berufsvorbereitung, Aus- und Weiterbildung sowie Existenzgründungen kann sich sehen lassen. „1318 Anträge sind bis Ende Oktober bewilligt worden“, sagte Geschäftsführer Thomas Kretschmer der TLZ, „mit einem Volumen von 63,5 Millionen Euro.“ Mitunter können Unternehmen ihren Lehrlingen nur alle erforderlichen Qualifikationen vermitteln, wenn sie mit anderen Firmen kooperieren. Für diese Ausbildungsverbünde hat die GfAW nach eigenen Angaben 92 Anträge mit insgesamt 10,6 Millionen Euro bewilligt.

Unternehmen, Beschäftigte, Arbeitslose, Existenzgründer, Auszubildende oder Jugendliche ohne Ausbildungsplatz oder Schulabschluss profitierten von den Förderangeboten gleichermaßen, so die GfAW, und hätten anschließend bessere Zukunftschancen in ihrer Heimat.

## Erklärungen zur Terrorgefahr ausgeblendet

Zu wenig Hintergründe im TV

**Jena.** (dpa/tlz) Die deutschen TV-Sender berichten einer Studie zufolge unausgewogen über den Terrorismus. „Die Terrorgefahren für Deutschland werden in den Nachrichtensendungen zum Teil überhöht, während Erklärungen weitestgehend ausgeblendet werden“, sagte der Kommunikationswissenschaftler Wolfgang Frindte. Der Forscher an der Jenaer Friedrich-Schiller-Universität leitet eine Studie, die die Fernsehberichterstattung über Terrorismus untersucht. Erste Zwischenergebnisse belegten, dass über Terrorursachen kaum, über Terrorabwehr aber zu viel berichtet werde.

Die von der Bundesstiftung für Friedensforschung mit 150 000 Euro unterstützte Studie analysiere noch bis Ende nächsten Jahres, welches Bild die Fernsehsender von der terroristischen Gefahr zeichnen. Gegenwärtig konzentriere sich die Medienanalyse auf vier von insgesamt sechs zu untersuchenden Sendern. „Wir haben von August 2007 bis jetzt etwa 600 terrorrelevante Nachrichtenbeiträge registriert“, sagte Frindte. Die meisten stammten von der ARD, gefolgt von ZDF, RTL und Sat. 1. „Während im öffentlich-rechtlichen Fernsehen die Berichterstattung ein dominantes allgemeines Thema ist, berichten die Privaten ereignisbezogen und dann oft auch dramatisch über Terroranschläge.“ RTL habe beispielsweise den Bericht über die Festnahme von drei terrorverdächtigen Männern im September 2007 in Deutschland mit Bildern von Opfern des Terroranschlags

in Madrid im März 2004 unterlegt. „Bei fast einem Drittel aller Beiträge, die wir analysiert haben, geht es um Bedrohungen durch Terrorismus“, sagte Frindte. Interessant sei, dass 31,3 Prozent der Berichte auf die Gefahren für Deutschland abheben, obwohl seit 2001 in der Bundesrepublik kein wirklicher Terroranschlag verübt worden sei. „Das stellt die Statistik über die weltweiten Terroranschläge, von denen die meisten in Nahen und Mittleren Osten verübt werden, schon etwas auf den Kopf.“

Die Terrorgefahren für deutsche Bürger würden vor allem bei den Privatsendern thematisiert, während sich ARD und ZDF mehr den Bedrohungen, denen andere Nationen ausgesetzt seien, zuwendeten. „Unabhängig von den Sendern wird in den TV-Nachrichten aber vor allem über die Notwendigkeit von Anti-Terrormaßnahmen berichtet“, sagte Frindte. So gehe es in 62,6 Prozent aller Beiträge etwa um sicherheitspolitische Maßnahmen wie eine strengere Überwachung oder schärfere Gesetze. Dagegen würden nur in 15,3 Prozent der untersuchten Berichte die Ursachen von Terrorismus thematisiert.

„Den Fernsehzuschauern wird die Gefahr der Terrorbedrohung und die Notwendigkeit des Anti-Terrorkampfes vermittelt, Erklärungen für die Terrorgefahr und ihre Ursachen werden aber kaum mitgeliefert“, erklärte Frindte. Das führe auch dazu, dass Nachrichtenkonsumenten einschneidende Anti-Terrormaßnahmen eher ablehnten.

## Von der Erfahrung anderer profitieren

Erfolgreiches Treffen der Bürgerbündnisse

■ Von Tobias Damm

**Weimar.** (tlz) Aus allen Teilen des Freistaats kamen sie angereist: 90 Personen nahmen am ersten Netzwerktreffen der Thüringer Bürgerbündnisse gegen Rechtsextremismus teil. Unter dem Motto „Stark! Austauschen. Vernetzen. Ermutigen“ hatten das Mobile Beratungsteam (Mobit), die Stiftungen Friedrich-Ebert, Heinrich-Böll und Rosa-Luxemburg sowie die DGB-Jugend Thüringen und das Weimarer Bürgerbündnis geladen.

„Schon allein die Tatsache, dass so viele gekommen sind, ist ein Erfolg für die Idee und zeigt, wie groß das Bedürfnis ist, von den Erfahrungen anderer zu profitie-

ren“, sagte Katja Fiebigler von Mobit. Nach einführenden Vorträgen wurde am Wochenende in kleinen Runden zu verschiedenen Themen diskutiert – zum Beispiel zu Möglichkeiten von zivilem Ungehorsam oder der Zusammenarbeit mit kommunalen Entscheidungsträgern. Um die Bemühungen zu unterstützen wurde erneut die Forderung nach einem Landesprogramm gegen Rechtsextremismus laut.

Am Ende herrschte Einigkeit darüber, nächstes Jahr zu einer Fortsetzung zu laden. „Wir hoffen, dass unser Zusammentreffen die vielen Aktiven in ihrer Arbeit stärken konnte“, sagte Christine Schild vom Weimarer Bürgerbündnis.

## Ekelschwelle ist im Westen höher als im Osten

Monika Lazar warnt vor der NPD – Demokratische Parteien müssen sich vorbereiten – Kritik an der CDU-Haltung

■ Von Nils Hoffmann

**Eichsfeld.** (tlz) Über Rechts-Extremismus in Thüringen und den möglichen Ausgang der Landtagswahl im kommenden Jahr sprach die TLZ jüngst mit Monika Lazar (Grüne). Lazar ist als Bundestagsabgeordnete Mitglied im Petitionsausschuss und Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus.

**War einer der Gründe warum Sie sich dafür entschieden haben, sich für den Bundestag zur Wahl zu stellen, der Kampf gegen den Rechtsextremismus?**

Ich bin auf diesem Gebiet schon sehr viele Jahre aktiv und für mich war klar, wenn ich in den Bundestag gewählt werde, dann soll das einer meiner Schwerpunkte sein.

Ich musste leider erkennen, dass es nach wie vor sehr notwendig ist. Ich glaube, wir alle als Gesellschaft haben die nächsten Jahre noch viel zu tun, um für unsere Gesellschaft, für Demokratie, Vielfalt und Menschenwürde zu werben und den Rechtsextremen das Wasser abzugraben.

**Sehen Sie eine Gefahr, dass die NPD wie in Sachsen auch in Thüringen den Sprung in den Landtag schafft?**

Die Gefahr ist da, und sie ist groß. In Sachsen hat es die NPD vorgemacht: eine kommunale Verankerung ist von Vorteil, und im Grunde die Grundlage für den Einzug in den Landtag. Die NPD bereitet sich auch in Thüringen sehr intensiv auf die Wahlen vor und möchte natürlich in

den Landtag einziehen. Die Gefahr ist sehr groß. Wichtig ist zudem, dass nicht nur die NPD auf ihre Wahlsiege vorbereitet ist, sondern auch die demokratischen Parteien auf die NPD vorbereitet sind. Thüringen kann da sehr wohl auf Sachsen schauen, um bestimmte Fehler nicht zu wiederholen.

**Es war ja lange Zeit Plan der Landesregierung, die Mittel für Mobit zu kürzen oder ganz zu streichen. Wie bewerten Sie dieses Handeln?**

In dieser Beziehung hat Thüringen eine sehr unrühmliche Rolle gespielt. Thüringen ist mittlerweile das einzige Land, das kein eigenes Programm zum Thema Bekämpfung von Rechtsextremismus, beziehungsweise Stärkung der Zivilgesellschaft, hat. In

Sachsen musste auch erst die NPD im Landtag sitzen, bevor die CDU-Regierung auf das Problem reagiert hat. Ich kann der CDU hier in Thüringen nur raten, vorher selbst aktiv zu werden.

**Wie sehen Sie die Strategien der NPD in Sachsen und Thüringen?**

Die Strategien sind sich sehr ähnlich, auch wenn man sie nicht gleichsetzen kann. In Sachsen hat die NPD sehr gezielt über ihre kommunale Ebene gearbeitet, und es ist ein Vorteil für sie, dass die Landtagswahlen in beiden Ländern zum gleichen Datum stattfinden.

**Sie haben kürzlich in Leinefelde zwei Schulen besucht. Ist Rechtsextremismus dort ein Thema?**

An beiden Schulen wurde gesagt, dass es Einzelfälle gibt, die man aber versucht einzufangen, so dass keine Ausstrahlung von ihnen ausgeht. Wichtig ist, dass Schulleiter und Lehrer frühzeitig aktiv werden und sich über aktuelle Entwicklungen im rechtsextremen Bereich informieren. Da konnte ich einige Tipps geben.

**In fast allen neuen Bundesländern ist eine rechtsradikale Partei im Landtag vertreten. In den alten Bundesländern jedoch in keinem. Ist dieses Wahlverhalten ein typisches Problem der neuen Bundesländer?**

Wenn man sich die Geschichte der NPD ansieht, dann kann man sehen, dass es Ende der 60er Jahre Wahlerfolge in Landesparlamenten in West-

deutschland gab. Die aktuellen Wahlergebnisse zeigen, dass im Osten die Bereitschaft, rechtsextreme Parteien zu wählen, größer ist als im Westen. Studien zeigen aber auch, dass das Einstellungspotenzial, also alles was menschenfeindliche, rassistische, rechtsradikale Einstellungen sind, in West und Ost sehr ähnlich ist. Die Ekelschwelle, NPD zu wählen, ist jedoch im Westen höher als im Osten. In Ostdeutschland erkennen die meisten die NPD als „normale“ Partei an, weil sie auf dem Wahlzettel steht.

**Sehen Sie Chancen für die Grünen, dass sie im nächsten Jahr in die Landtage von Sachsen und Thüringen einziehen werden?**

Einfach wird es nicht, aber ich denke, es gibt gute Chan-



**Monika Lazar warnt:** Demokratische Parteien müssen auf die NPD vorbereitet sein.

cen. Wir wollen hoffen, dass die allgemeine politische Stimmung für uns gut ist und dass wir Schwung von den Kommunal- und Europawahlen mitnehmen können. Wir müssen bis zum letzten Tag kämpfen, dass die Grünen wieder in beiden Landtagen vertreten sein werden.